

An die Medien

Dortmund

07.04.06

Streichorgie im Regionalverkehr

Presseerklärung:

Bekanntlich hat die Große Koalition in Berlin eine Kürzung der Regionalisierungsmittel um insgesamt 3,3 Milliarden Euro beschlossen. Für das Land NRW kumulieren sich Kürzungen bis 2010 auf 518, Mio Euro.

Die konkreten Auswirkungen lassen sich in Kürzungen bei Zugkilometern ausdrücken. Von derzeit rund 100 Millionen müsste das Angebot auf 75 Mio Zugkilometer zurückgefahren werden. Hinzu kommt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung die Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr um 27 Millionen Euro kürzen will. Zunehmen wird in der Konsequenz des Autoverkehrs. Der Dauerstau wird ebenso wie die Lärm- und Luftschadstoffbelastung rasant zunehmen.

Im VRR werden z.Zt. vier Szenarien von 5% bis 35% für mögliche Streckenstilllegungen diskutiert. Die Varianten orientieren sich an den Verkehrsnachfragen für VRR-Strecken.

Selbst bei dem „harmlosesten“ Szenario, der Infragestellung von Strecken mit einer Verkehrsnachfrage von 400-1500 Fahrgästen/Tag, müsste Dortmund auf eine Verbindung nach Hamm und eine nach Lüdenscheid verzichten. Bei einem 10% Szenario handelt es sich bereits um 5 Verbindungen. Unter anderem wäre eine Verbindung nach Arnsberg betroffen.

20 % sind gleichbedeutend mit der Kappung von 7 Verbindungen. Das Katastrophenszenario würde insgesamt 11 Verbindungen in Frage stellen.

Alle Linien die betroffen wäre, falls eine 1:1 Umsetzung stattfinden würde, sind klassische Pendlerlinien. Wer weiß wie sehr die Züge in Stoßzeiten besetzt sind, kann sich ausmalen, was bei einer Ausdünnung oder kompletten Aufgabe von Strecken passieren würde. Die Zahl der notgedrungenen PKW-Pendler würde zunehmen, das Angebot im Ballungsraum so unattraktiv werden, dass die Menschen aus dem Umland damit rechnen müssen, jeden morgen und Nachmittag im Stau zu stehen.

Wir werden das den NutzerInnen des Personennahverkehrs an den Orten des Geschehens deutlich machen und mit dazu beitragen, dass genügend Druck von unten entsteht, um das Desaster zu verhindern. Es reicht vollkommen aus, dass massive Preiserhöhungen von den Fahrgästen eingefordert werden. Gleichzeitig das Leistungsangebot zurückzufahren, ist mehr als kontraproduktiv.